

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
A. Entstehungsgeschichte und Bedeutung	9
B. Grundtatbestände	9
I. Aufgabe von Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt	9
1. Natürliche Personen	9
2. Zehn Jahre unbeschränkte Steuerpflicht	10
3. Aufgabe von Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt	10
4. Anteile i. S. d. § 17 Abs. 1 Satz 1 EStG	11
5. Realisationszeitpunkt	11
6. Anwendung von § 17 und § 3 Nr. 40 EStG	12
II. Ersatztatbestände	14
1. Schenkung und Erwerb von Todes wegen	14
2. Ansässigkeit in einem ausländischen DBA-Staat	15
3. Einlage in ausländischen Betrieb	16
4. Beschränkungen des deutschen Besteuerungsrechts	17
III. Bewertungsfragen und Entstehung der Steuer	17
C. Berechnung der Dauer der unbeschränkten Steuerpflicht bei unentgeltlichem Anteilserwerb	18
I. Einmaliger unentgeltlicher Erwerb	18
II. Mehrfacher unentgeltlicher Erwerb	19
III. Ausnahmen von der Regel	19
D. Entfallen des Steueranspruchs bei nur vorübergehender Abwesenheit	19
I. Rückkehr innerhalb von fünf Jahren	19
1. Grundtatbestand	19
2. Ausnahmetatbestände	20
II. Rückkehr innerhalb von zehn Jahren	20
1. Zuständigkeit und Tatbestandsvoraussetzungen	20
2. Absichten und Glaubhaftmachung	21
III. Rückkehr des Rechtsnachfolgers	21
1. Rückkehr nach Stundung i. S. d. Abs. 5	22

E.	Mögliche Nebenbestimmungen einer Stundung	22
I.	Verzinsung und Sicherheitsleistung	22
II.	Widerruf der Stundung	23
III.	Stundung bei Rückkehrabsicht	23
F.	Wegzug innerhalb der EU oder des EWR	25
I.	Stundung	25
1.	Begünstigter Personenkreis	25
2.	Besteuerung im Wegzugsstaat	26
3.	Stundung als Rechtsfolge	26
II.	Gewährung von Amts- und Beitreibungshilfe	29
III.	Entsprechende Anwendung der Sätze 1 und 2	29
1.	Besteuerung des Rechtsnachfolgers im Ausland	29
2.	Besteuerung des Steuerpflichtigen im Ausland	30
3.	Einlage des Anteils in ein ausländisches Betriebsvermögen	30
IV.	Widerruf der Stundung	30
1.	Anteilsveräußerung und vergleichbare Tatbestände	30
2.	Übergang der Anteile auf eine nicht unbeschränkt steuerpflichtige Person	31
3.	Entnahme der Anteile oder gleichwertiger Vorgang	32
4.	Beendigung der Steuerpflicht nach Satz 1	32
V.	Umwandlungsvorgänge	32
VI.	Keine Anwendung von § 10d EStG	34
VII.	Mögliche Änderung von Steuerbescheiden	35
G.	Spätere Anteilsveräußerung	36
I.	Änderungsmöglichkeit bei niedrigerem Veräußerungsgewinn	36
II.	Nachweispflichten	39
III.	Zu berücksichtigende Wertminderungen	41
IV.	Wertminderung auf Grund einer Gewinnausschüttung	41
H.	Informationspflichten des Steuerpflichtigen bzw. seines Rechtsnachfolgers	42
I.	Amtlich vorgeschriebener Vordruck	42
II.	Zeitpunkt der Mitteilung	44
III.	Schriftliche Nachweise	45
IV.	Jährlich beizubringende Mitteilung	46

V. Möglicher Widerruf der Stundung bei Verletzung der Mitteilungspflichten	47
1. Lösungshinweise	48
a) Voraussetzungen und Konsequenzen der Wegzugsbesteuerung	48
b) Europarechtlich gebotene Änderungen bei der Wegzugsbesteuerung durch das SEStEG vom 7. 12. 2006	49
c) Hinweise zum Umkehrfall: Zuzug ins Inland	52
d) Das Zusammenspiel von Wegzugsbesteuerung und Abgeltungssteuer bei Wohnsitzverlagerungen ab dem Jahr 2009	52
e) Resümee	53